

Ein Gewinn für die Demokratie

Eigentlich liegen die Argumente für die Einführung der politischen Rechte für Ausländerinnen und Ausländer seit Jahren auf dem Tisch, und in etlichen Kantonen sind diese Rechte Realität, sie sind Alltag, und es gibt keine Anzeichen für dadurch bedingte Unruhe oder Unsicherheit. Nicht einmal die politischen Verhältnisse verschieben sich. Veränderungen gibt es dennoch: Ein neues Demokratieverständnis manifestiert sich, nach dem die Lebensbedingungen der Gesellschaft von allen beteiligten Menschen umfassend gestaltet werden sollen. Unterschiedliche Haltungen sollen in die Entscheidungsprozesse einfließen, möglichst viele Stimmen, Bedürfnisse, Ideen diskutiert werden, um immer wieder und von Neuem einen den sozialen Frieden sichernden Konsens zu finden.

Rechtsgemeinschaft nur mit Pass

Die Gesellschaft wird auch von den seit Jahren hier lebenden, arbeitenden, Steuern zahlenden, Infrastruktur nutzenden, konsumierenden ausländischen Menschen gestaltet. Sie gehören dazu, nicht nur weil sie unsere Nachbar(innen), Kolleg(innen), Schulkamerad(innen) sind, sondern weil sie mit ihrer Arbeitskraft Mehrwert schöpfen, der im schweizerischen Bruttoinlandsprodukt als Wachstum ausgewiesen wird. Dagegen gibt es wenig einzuwenden. Trotzdem verharren die Gegner(innen) auf ihrer Position, dies weniger aus demokratiepolitischen, sondern aus identitätsspezifischen Gründen: Die Grundlage der politischen Rechte sei die Nationalität. Schweizer Pass sei die Voraussetzung, um zur Rechtsgemeinschaft zu gehören, die Einbürgerung müsse im Zentrum stehen. Warum eigentlich?

Viele Erfahrungen und Ansichten

Was bedeutet es, wenn wir uns an Wahlen der Volksvertretung beteiligen? Was heisst es, wenn wir für ein öffentliches Amt kandidieren? Politische Rechte dienen dazu, unser Umfeld direkt und indirekt durch Vertretungen zu gestalten. Nicht die Nationalität sollte dabei eine Rolle spielen, sondern der Lebensmittelpunkt, die Erfahrungen der Leute in Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, die Konflikte, die ihnen Arbeitsmarkt, Schule oder das Gesundheitswesen bescheren. Wo immer die Bevölkerung befragt wird, sollte es nur recht sein, wenn möglichst viele solche Erfahrungen und unterschiedliche Weltanschauungen in die öffentliche Debatte einfließen. Wahl- und Stimmrecht heisst mitreden bei Gesetzesvorlagen, bei Budgetfragen, und wird damit ein zentrales Mittel, um den Staat kennen zu lernen, eine Beziehung als Bürger(in) (Citizen) aufzubauen, die Voraussetzung, um die Rechte und Pflichten des Individuums wirklich verstehen zu können.

Die Gesellschaft ist stark genug

Wenn der Kanton gesetzlich verankert, dass die Gemeinden das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einführen können, die schon lange bei ihnen wohnen, wird ein kleines Stück Demokratiegeschichte geschrieben. Die Vorlage tastet nicht einmal die hoch gehaltene Gemeindeautonomie an! Woher also dieses Unbehagen, woher die Angst? Ist es die Konkurrenz bei den Wahllisten? Ist es Angst vor Identitätsverlust? Ist denn das Fundament unserer Gesellschaft nicht stark genug, um das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer mit Gelassenheit einzuführen, im Wissen, dass es das Gemeinwesen stärken wird. Das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer(innen) ist ein Gewinn für die demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft, unserer Institutionen. Die Skeptiker(innen) tun also gut daran, noch einmal über die Bücher zu gehen. Es kann ja nicht sein, dass die Parteien, die sich für Liberalismus starkmachen, sich gerade in dieser Frage hinter dem fadenscheinigen Argument der nationalen Zugehörigkeit verstecken. Sie sollten vielleicht eher darüber nachdenken, wie es denn wäre, wenn auch die mit Swissness trumpfenden Konzerne das Schweizer Bürgerrecht als Bedingung für die Besetzung eines Verwaltungsrates einführen?

Einst ging es um Frauen

Die moderne Schweiz tut sich schwer, wenn die politischen Rechte diskutiert werden. Die Frauen und männlichen Verfechter des Frauenstimmrechtes können ein Lied davon singen. Müssen wir noch einmal so viele Jahre warten, oder ist die Einsicht endlich da, dass Ausländer(innen) eben auch Teil der Bevölkerung, Teil unserer Demokratie sind, die dadurch nicht unterwandert, sondern gefestigt und erweitert wird? Annemarie Sancar. Die Autorin ist Dr. phil. Sozialanthropologin, Alt-Stadtratspräsidentin, im Ausschuss Grünes Bündnis Stadt Bern und im Vorstand von www.grundrechte.ch.

